

Mainz, den 20. Januar 2021

Pressemitteilung

Bosnien/Lipa: Zivilgesellschaftliches Bündnis fordert Evakuierung und Aufnahme der Schutzsuchenden sowie ein sofortiges Ende der Push-Backs

Auf Initiative der Balkanbrücke, Seebrücke und PRO ASYL fordert ein Bündnis aus rund 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen die sofortige Evakuierung und Aufnahme der Schutzsuchenden in Bosnien-Herzegowina. Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz ist Teil dieses Bündnisses.

Die Bundesregierung darf der humanitären Krise vor den Toren der EU nicht länger tatenlos zusehen. Noch immer harren ca. 3.000 Menschen auf der Flucht ungeschützt vor dem bosnischen Winter ohne winterfeste Unterbringung aus. Ihnen droht der Kältetod. Die EU hat sich bislang mit Geld für die »Hilfe vor Ort« aus der Verantwortung für die Geflüchteten freizukaufen versucht. Aber in Bosnien wird es keine menschenwürdige Lösung für die Schutzsuchenden geben. Es müssen jetzt schnelle und unbürokratische Evakuierungs- und Rettungsmaßnahmen eingeleitet werden.

Die meisten der in Bosnien-Herzegowina gestrandeten Schutzsuchenden befanden sich bereits in der EU, sie wurden allerdings von kroatischen Grenzpolizist*innen nach Bosnien zurückgeprügelt. Seit Jahren sind an der bosnisch-kroatischen Grenze Push-Backs, die mit äußerster Brutalität durchgeführt werden und gegen internationales und europäisches Recht verstoßen, an der Tagesordnung. Die Push-Backs geschehen mit Billigung und Unterstützung der EU und der Bundesregierung.

Torsten Jäger vom Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP: *„Die Menschen, die jetzt in Bosnien-Herzegowina ums nackte Überleben kämpfen, sind Opfer der menschenverachtenden Abschottungs- und Abschreckungspolitik der Europäischen Union geworden, die die Bundesregierung mit zu verantworten hat.“*

Ungeachtet der gut dokumentierten, systematischen Menschenrechtsverletzungen wird Kroatien für den „Grenzschutz“ allein seit Dezember 2018 mit über 18 Mio. Euro von der EU unterstützt. Vom deutschen Bundesinnenministerium erhielt die kroatische Grenzpolizei im vergangenen Jahr zusätzlich Wärmebildkameras und Fahrzeuge.

Statt weiterhin Gewalt gegen Schutzsuchende zu unterstützen, muss die Bundesregierung entsprechend der Aufnahmebereitschaft in Deutschland handeln: Mehrere Bundesländer - darunter auch Rheinland-Pfalz - und über 220 Kommunen - mindestens fünfzehn aus Rheinland-Pfalz - haben in den vergangenen Monaten die Aufnahme von Schutzsuchenden zugesagt. Auch die Zivilgesellschaft unterstützt diese Bereitschaft: Balkanbrücke und Seebrücke rufen am 30. Januar unter dem Motto »Aufnahme statt Abschottung« bundesweit zu corona-konformen Protesten auf.

Das Bündnis fordert:

- Stopp der gewaltsamen illegalen Push-Backs an den europäischen Außengrenzen. Das Recht aller Menschen auf Zugang zu einem fairen Asylverfahren in der EU muss endlich eingehalten werden.
- Stopp der bundesdeutschen Unterstützung für die kroatische Grenzpolizei!
- Die Bundesregierung muss sofort handeln. Die Schutzsuchenden in Bosnien-Herzegowina müssen evakuiert werden. In Deutschland stehen Länder und Kommunen zur Aufnahme bereit.

gez. Torsten Jäger, Geschäftsführer Initiativausschuss

Pressekontakte zu den Initiator*innen des Appells:

- **PRO ASYL** per Telefon und Mail unter: 069 / 24 23 14 30 und presse@proasyl.de
- **Balkanbrücke** per Telefon und Mail unter: 01753612615 und Mail: info@balkanbruecke.org
- **Seebrücke** per Telefon und Mail unter: Henri Dubois, 015788992368, henri@seebruecke.org

Anlage: Bosnien-Appell